



Wir berichten, was andere verschweigen.

www.kpoe-steiermark.at
Steirische Volksstimme

Landtags-Infoblatt der KPÖ – Sitzungen vom 26.2. und 19.3.2013

Aus dem steirischen Landtag

KPÖ informiert aus erster Hand



Beraterskandal mit Millionenschaden

Vermischung von öffentlichen und privaten Interessen – KPÖ-LAbg. Murgg: „Wenn LR Edlinger-Ploder nicht in der Lage ist, KAGes zu managen, soll sie zurücktreten!“

Bei der *Therme Bad Gleichenberg* wurden von Seiten des Landes 13,6 Mio. Euro an öffentlichen Mitteln in den Sand gesetzt. Diese Summe ist nur die Spitze eines Eisbergs. Über dubiose Firmenetzwerke üben externe Berater großen Einfluss auf die KAGes und die steirische Gesundheitspolitik aus.

LAbg. Werner Murgg (KPÖ) durchleuchtete am 15. März in einer Pressekonferenz das komplizierte Firmengeflecht. Er wies auf die **Vermischung von öffentlichen und privaten Interessen im steirischen Gesundheitssystem** hin. „Es ist skandalös, dass das Land im Gesundheitssystem Berater beschäftigt, die gleichzeitig privatwirtschaftliche Interessen in diesem Bereich verfolgen. Die öffentliche Hand zahlt, Private machen ein gutes Geschäft: Diese Methode hat im Land System“, so Murgg.

Bund und Land sind durch Verträge und Geschäfte mit Christian Köck und anderen Personen (Haselsteiner, Hohenberg) und Firmen ein hohes Risiko eingegangen. In Bad Gleichenberg gingen etwa 13,6 Mio. Euro (8,7 Mio. Fördermittel plus 4,9 Mio. Euro stille Beteiligung) verloren.

Die Dimension übersteigt jene der „Causa Herberstein“ bei weitem.

Ebner und Hohenauer sind **Autoren des Regionalen Strukturplanes Gesundheit (RSG)** für die Steiermark und mehrere andere Bundesländer. Köck war noch an diesem Unternehmen beteiligt, als die Beschlüsse zu Bad Gleichenberg vom Landtag gefasst wurden. Damals – die KPÖ war noch nicht im Landtag vertreten – stimmen alle Parteien (ÖVP, SPÖ, FPÖ, GRÜNE) diesem Geschäft zu. Unter dem damaligen Gesundheitslandesrat Erlitz (SPÖ) sollte auch die KAGes-Verwaltung privatisiert werden. Christian Köck gibt laut Angaben auf seiner Webseite mit Duldung von LR Edlinger-Ploder (VP) wesentliche Eckpfeiler der steirischen Gesundheitspolitik vor. Öffentliche Einrichtungen sollen auf Anregung dieser Berater zugesperrt oder privat betrieben werden.

In **Bad Gleichenberg** ist die gesamte Firmenkonstruktion dazu geeignet, Christian Köck die alleinige Kontrolle über die mit öffentlichen Geldern finanzierte **Therme** zu geben. Es ist zu befürchten, dass sich diese Vorgänge in **Bad Aussee** wiederholen, wo zu ganz ähnlichen



KPÖ-Kontrollsprecher Werner Murgg präsentierte dem Landtag das dubiose Firmengeflecht.

Konstruktionen ge-griffen wurde. Die KPÖ stellte am 19. März **zwei Dringliche Anfragen an LH-Stv. Schützenhöfer als Tourismusreferent sowie an LR Edlinger-Ploder** als Gesundheitslandesrätin. LAbg. Murgg:

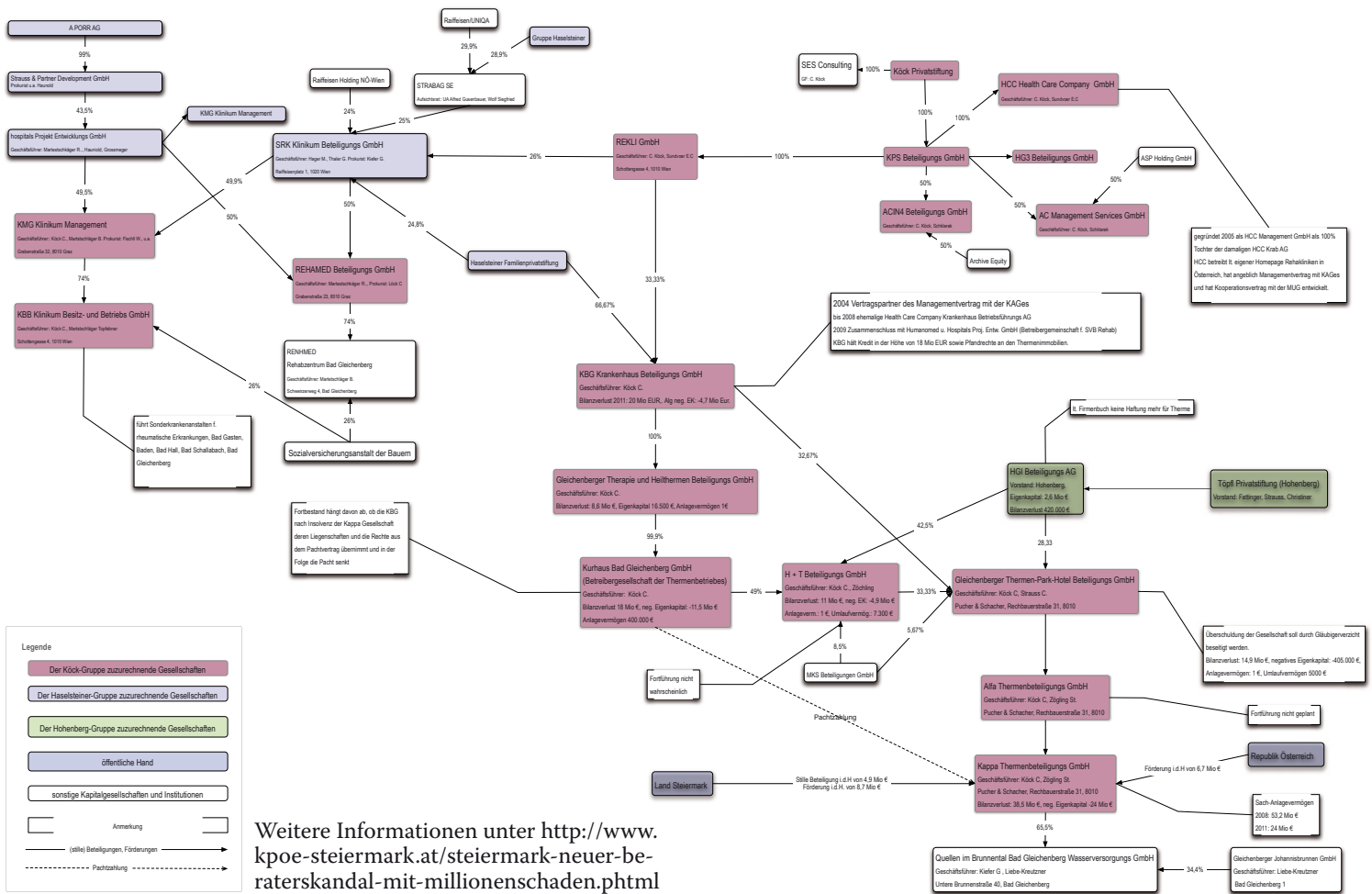
„Wenn Landesrätin Edlinger-Ploder nicht in der Lage ist, für die KAGes einen Vorstand zu finden, der mit der Aufgabe nicht überfordert ist, soll sie zurücktreten!“

Hundesteuer: FPÖ und Grüne hätten gleich nachdenken sollen!

Die Hundeabgabe wurde unlängst durch eine Gesetzesnovelle radikal verteuert und die Vollziehung verkompliziert. Dennoch stimmten außer den „Reformpartnern“ auch Grüne und FPÖ im Landtag zu. Heute wollten beide Parteien das von ihnen mitbeschlossene Gesetz novelliert wissen. SPÖ und ÖVP verschoben die Anträge aber in den Gemeindeausschuss.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Jetzt kommen FPÖ und Grüne drauf, dass das Gesetz verpfuscht worden ist. Hätten die beiden Parteien gleich nachgedacht, welchen Bestimmungen sie hier zustimmen, wäre es vielleicht im Vorfeld der Beschlussfassung zu Korrekturen gekommen. Damals hat aber nur die KPÖ auf die Probleme hingewiesen und als einzige Partei gegen das Gesetz gestimmt.“

Dringliche Anfragen im Landtag: ÖVP setzt auf Vernebelung Dreierallianz gegen transparente Regelung



13,6 Mio. Euro an öffentlichen Mitteln wurden bei der Therme Bad Gleichenberg in den Sand gesetzt. Das deckte die steirische KPÖ auf (siehe Seite 1). Zum Firmennetz richtete sie zwei Dringliche Anfragen an LH-Stv. Schützenhöfer sowie an LR Edlinger-Ploder.

Tourismusreferent Schützenhöfer sprach in seiner Anfragebeantwortung ausschweifend über die Geschich-

te von Bad Gleichenberg, seine religiösen Überzeugungen, die Schi-WM und den Thermen-tourismus im Allgemeinen, den an ihn gerichteten Fragen wich er aber aus bzw. beantwortete sie in selektiver Weise.

Gesundheitslandesrätin Edlinger-Ploder ging in ihrer Beantwortung zwar auf die Fragen ein, wich aber dem Kern des Problems aus und ging nur am Rande auf die Problematik der Unvereinbarkeit ein. Die KPÖ reagierte mit einem An-

trag, künftig von externen Beratungsleistungen abzusehen – insbesondere dann, wenn die beauftragten Personen auch private wirtschaftliche Interessen im steirischen Gesundheitswesen verfolgen. Dafür könnte eine Konkurrenzklause sorgen. SPÖ und ÖVP lehnten dies jedoch gemeinsam mit der FPÖ ab. Einem Antrag der Grünen auf Überprüfung der Causa durch den Rechnungshof erteilten SPÖ und ÖVP ebenfalls eine Abfuhr.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Die Anfragebeantwortungen haben eher zur Vernebelung als zur Aufklärung beigetragen. Der Verdacht, dass hier eindeutige Unvereinbarkeiten verschleiert werden sollen, wurde dadurch noch verstärkt. SPÖ und ÖVP mauern nun gemeinsam, anstatt sich künftig für transparente Lösungen einzusetzen, die der Bevölkerung dienen, nicht den Interessen einzelner Unternehmer.“

Landesbibliothek: Nach KPÖ-Antrag werden Öffnungszeiten ausgeweitet

Die umfassende Neugestaltung der steirischen Landesbibliothek hat viele Verbesserungen gebracht, das Serviceangebot wurde erweitert. Leider sind die Öffnungszeiten sehr knapp bemessen, sodass es Interessierten kaum möglich ist, diese Einrichtung zu nutzen.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler hat sich deshalb für eine Ausweitung der Öffnungszeiten eingesetzt. Ihrem Antrag wurde im zuständigen

Ausschuss des Steiermärkischen Landtags stattgegeben. Statt um 10 Uhr öffnet die Landesbibliothek künftig um 9 Uhr, was aus Sicht der KPÖ-Abgeordneten eine deutliche Verbesserung darstellt.

LAbg. Klimt-Weithaler: „Es ist erfreulich, dass das Land so schnell auf unseren Antrag reagiert hat. Die längeren Öffnungszeiten sind positiv, lösen aber nicht das Problem, dass Berufstätige kaum Gelegenheit

haben, das Angebot zu nutzen. Wichtiger als eine Öffnung um 9 Uhr wäre es, zumindest an einem Tag in der Woche in den Abend hinein geöffnet zu haben. So wäre der Bestand der Landesbibliothek auch für jene zugänglich, die tagsüber arbeiten oder außerhalb von Graz leben.“

Die KPÖ wünscht sich eine längere Abendöffnung, wie dies auch im ursprünglichen Antrag an den Landtag zum Ausdruck gebracht wurde.

Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



Steiermark rückt von UN-Behindertenrechtskonvention ab

„Flurschaden in steirischer Behindertenpolitik“

Am 26. Februar beschloss der steirische Landtag den Bericht der Landesregierung über den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Im Zentrum steht die verpflichtende Umsetzung der UN-Übereinkommen für Menschen mit Behinderungen.

Auch wenn die Zielsetzungen durchaus positiv sind, stimmte die KPÖ im Landtag gegen diesen Bericht. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: *„Die umfangreichen Kürzungen bei den Leistungen im Steiermärkischen Behindertengesetz der letzten Jahre stehen in einem unauflösbaren Widerspruch zu den Zielsetzungen. Keine der Verschlechterungen wird durch die Maßnahmen im Aktionsplan im Wesentlichen berührt, geschweige denn ausgeglichen. Dies bedeutet, dass der Aktionsplan sein Ziel, nämlich die Umsetzung der Konvention, verfehlen wird, solange dieser massive Flurschaden in der steiermärkischen Behindertenpolitik nicht beseitigt wird.“*

Kürzungen im Landeshaushalt etwa bei Assistenzleistungen, die **Verschlechterung der Betreuungsschlüssel von Assistenzleistungen** stehen im Widerspruch zu Art. 3 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, welche „volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft“ sowie die „Freiheit, eigene und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft“ sowie die „Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen, gewährleisten soll.

Ebenso steht die **Streichung der Entwicklungsförderung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung** im Widerspruch zu der vom Gedanken der Chancengleichheit getragenen Grundprinzipien der UN-Konvention und im Besonderen dem in Art. 24 (d, e) verankerten Recht auf Unterstützung im Bildungssystem.

Die **Kürzungen von mobilen Assistenzleistungen** stellen die in Art. 19 (a) verankerte freie Wahl der Wohnform und des Aufenthaltsorts in Frage

– Menschen mit Behinderung könnten dadurch zum Umzug aus ihrer eigenen Wohnung in ein Heim gezwungen sein.

Kürzungen bei persönlichen Assistenzleistungen gefährden die Chancen von Menschen mit Behinderung auf Absolvierung einer Ausbildung und auf Zugang zum Arbeitsmarkt (Art 27 der Konvention).

Die **Reduktion der Freizeitassistenz, bzw. ihre Streichung bei vollzeitbetreuten Menschen mit Behinderung**

überhaupt gefährdet wird die im Art 30 garantierte „Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport“.

Die KPÖ stellte im Landtag den Antrag, die Durchführungsverordnung zu ändern, damit die Verschlechterungen wieder zurückgenommen werden können, sowie die regelmäßige Information der Abgeordneten durch die Monitoringstelle des Landes. Der Antrag scheiterte am Widerstand der „Reformpartnerschaft“.

Steirischer „Bildungsplan“: Schulschließungen KPÖ protestiert!

An die 40 Schulen sind der „Bildungspolitik“ von SPÖ und ÖVP in der Steiermark bereits zum Opfer gefallen. Mit dem vom Landtag mehrheitlich beschlossenen Bildungsplan wird die Grundlage für weitere Schließungen geschaffen. Die KPÖ stimmte dagegen.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler betonte, dass der Bildungsplan auch positive Seiten habe. Diese stehen aber in einem krassen Widerspruch zur politischen Wirklichkeit in unserem Bundesland.

Klimt-Weithaler: *„Die Bildungspolitik hat sich in dieser Periode bisher auf eine flächendeckende Schließung von Kleinschulen und die Einführung von Kindergartengebühren beschränkt. Mit dem Bildungsplan liegen nun durchaus positive Zielsetzungen vor. Allerdings ist zu befürchten, dass diese aus Kostengründen auf die lange Bank geschoben werden, während weitere Schulschließungen nur eine Frage der Zeit sind, solange diese Regierung das Sagen hat.“*

Zum 60er von LH Voves

Klimt-Weithaler (KPÖ) gratuliert der Landesspitze und hofft auf Kurswechsel

In einem Interview mit der Kleinen Zeitung anlässlich seines 60. Geburtstags kritisierte LH Voves die steirische SPÖ. Diese habe sich in den letzten 30 Jahren vor allem um „Doppelliter und Schnapskarten“ gekümmert, die „Sorgen und Probleme der Menschen“ seien dabei auf der Strecke geblieben.

Die Realität ist aber eine andere: Durch die Streichorgien unter LH Voves im Bereich der Jugendwohlfahrt und der Behindertenhilfe, durch die ständigen und sachlich nicht gerechtfertigten Strompreiserhöhungen, durch die Schließung von Schulen und Krankenhäusern, durch die Einführung von Pflegeregress und die Kürzung der Wohnbeihilfe, um nur einige Beispiele zu nennen, ist der Lebensstandard gerade der sozial Schwächeren in der Steiermark deutlich gesunken. Besonders schlimm sind die aktuellen Zahlen über Kinder-

armut in unserem Bundesland. Seit Jahrzehnten gab es nicht so viele Kinder und Jugendliche, die an oder unter der Armutsgrenze leben.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Ich wünsche Landeshauptmann Franz Voves und auch seinem Stellvertreter Hermann Schützenhöfer alles Gute zum Geburtstag, viel Glück und Gesundheit. LH Voves sollte aber einmal darüber nachdenken, dass die von ihm angesprochenen Sorgen und Probleme der Bevölkerung in einem erheblichen Ausmaß mit seiner eigenen Politik zusammenhängen. Vielleicht kommt es dann zu einem sozialen Kurswechsel – noch vor dem Ende seiner Amtszeit. Das wünsche ich den vielen Steierinnen und Steirern, die jetzt viel schwerer über die Runden kommen als vor Beginn der so genannten Reformpartnerschaft“

Widerstand gegen Gemeindezusammenlegungen wächst

Gemeindeinitiative wird von „Reformpartnern“ erneut verhöhnt

KPÖ-LAbg. Werner Murgg erneuerte seine Kritik am Umgang von SPÖ und ÖVP mit der steirischen Gemeindeinitiative, die sich gegen die drohenden Gemeindefusionen querlegt. Mittlerweile haben sich 140 Gemeinden angeschlossen. Anstatt das Gespräch mit den Betroffenen zu suchen, will LH-Stv. Schützenhöfer widerspenstige Bürgermeister in Einzelgesprächen zum Einlenken zwingen.

Den Gemeinden geht es in erster Linie darum, Zwangsfusionen zu verhindern. Das widerspricht den Vorstellungen von SPÖ und ÖVP, hat doch LH-Stellvertreter Schützen-

höfer im Landtag mehrmals erklärt: „Ohne Zwang wird es nicht gehen“. Bereits im Landtagsausschuss „Gemeinden“ am 15. Jänner wurde eine Behandlung der Anliegen der Initiative verhindert.

LAbg. Werner Murgg: „SPÖ und ÖVP fügen dem ländlichen Raum irreparablen Schaden zu und verweigern konsequent das Gespräch mit den demokratisch gewählten Bürgermeistern. Die einzige Antwort, die die Landesparteien verstehen, wäre eine Kandidatur der betroffenen Bürgermeister bei der nächsten Wahl bei der Wahl mit einer Namensliste - oder auch auf einer Liste der KPÖ.“

Katzenjammer nach Schi-WM: Zweifel an Nachhaltigkeit

Die Kosten für die Schi-WM 2013 in Schladming sprengten mit insgesamt über 400 Mio. Euro (lt. profil) jeden vernünftigen Rahmen. Nach bisherigen Schätzungen liegen die Kosten für das Land Steiermark, die größtenteils durch Kredite finanziert werden müssen, bereits bei mindestens 150 Millionen Euro, weitere Ausgaben in Millionenhöhe folgen noch.

Vor dem Hintergrund der drastischen Kürzungen in wichtigen Bereichen (Unterstützung für Menschen mit Behinderung, Frühförderung, Armutsbekämpfung, Wohnbeihilfe, Kinderbetreuung...) setzte sich die KPÖ deshalb

bereits im Frühjahr 2011 dafür ein, auch bei der Schi-WM in Schladming mit Augenmaß vorzugehen. SPÖ, ÖVP und FPÖ stimmten gegen diesen Vorschlag, auch die Grünen stimmten seinerzeit den Regierungsvorlagen zur Schi-WM zu.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Der ehemalige ÖVP-Landtagsabgeordnete Kainz bestätigt mit der knappen aber durchaus präzisen Analyse »190 Millionen Euro Steuergeld für Unsinn« den Standpunkt der KPÖ das Großprojekt Schladming betreffend. Er hat sich aus der Politik zurückgezogen statt diesen Wahnwitz mitzutragen, was ihm aus meiner Warte hoch anzurechnen ist. Die Event- und Promipolitiker der Landesregierung zogen es natürlich vor,

das Gebot der Sparsamkeit, mit den Stimmen der Grünen wohlgerichtet, für einen zweiwöchigen Event der Superlative ohne nachhaltige Effekte für die Region außer Kraft zu setzen. Dass der grüne Abgeordnete Schönleitner zwar dem Projekt zustimmte, nachdem die KPÖ das Ausmaß der Verschwendung öffentlich bekannt machte, sich aber plötzlich kritisch und kostenbewusst gibt, ist mehr als befremdlich. Die von ihm angekündigten Fragen zur Schi-WM Schladming hat die KPÖ bereits vor mehr als einem Jahr durch eigene Recherche und parlamentarische Anfragen beantwortet, was damals freilich nichts an seiner zustimmenden Haltung änderte“

Zur Erinnerung: Die Ausmaße dieses Einmal-Events

stehen in krassem Widerspruch zu den in allen anderen Bereichen verordneten Einsparungen. Und das, obwohl Landesrat Dr. Buchmann in der Landtagssitzung vom 9.2.2010 verkündet hat, dass die Schi-WM ohne weitere Vorbereitungen und Investitionen schon damals problemlos durchgeführt werden hätte können.

Derart immense Ausgaben für einmalige Sportevents können sich auch nach Meinung von Sportökonomern niemals wirtschaftlich rechnen (siehe M. Franke, Mega-Sportevents: Ökonomische und sozioökonomische Wirkungen auf dem Prüfstand, 8. Internat. Symposium „Sport und Ökonomie“, Sportwissenschaft 1/2009).

Geburtenstation Voitsberg: Bevölkerung ignoriert, Landtag umgangen

Still und heimlich haben die „Reformpartner“ in der steirischen Landesregierung die Schließung der Geburtenstation am LKH Voitsberg abgesegnet. Die mehr als 13.000 Stimmen des ersten Bezirksvolksbegehrens wurden somit ignoriert, nicht einmal der Landtag wurde mit den Anliegen der Bevölkerung befasst.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler nannte diese Vorgangsweise in ihrer Reaktion einen Skandal. „Die Landesregierung hätte wenigstens den Landtag mit dem Anliegen der 13.000 Menschen aus dem Bezirk Voitsberg befassen müssen. Nach Gutsherrenart herrschen LH Voves und sein Stellvertreter Schützenhöfer inzwischen über die Steiermark, die Meinung der Bevölkerung interessiert sie dabei ebenso wenig wie die des Landtages.“

Die KPÖ hatte noch am 11. Dezember in einer Aktuellen Stunde versucht, die Schließung zu verhindern. Landesrätin Edlinger-Ploder war aber nicht umzustimmen, obwohl es viele gute Gründe gibt, die

gegen eine Schließung gesprochen haben. So hat die Grazer Station keine ausreichenden Kapazitäten, um den Mehraufwand zu tragen und muss daher ausgebaut werden, obwohl die Station auf modernstem Standard war. Die Anfahrtsweg sind nun für viele werdende Mütter aus dem Bezirk Voitsberg außerordentlich lang.

Anfang November 2012 wurde ein internes Dokument der KAGes bekannt, in dem das Krankenhaus angewiesen wurde, Schwangere abzuweisen, auch, so wörtlich, „wenn die Geburt schon im Gange ist und AUCH wenn eine Komplikation zu erwarten [ist]!“ Inzwischen ist es bereits zu mehreren Zwischenfällen gekommen, die die Befürchtungen der Voitsberger Bevölkerung bestätigen.

Die KPÖ kündigt an, sich nach dem Ende der Reformpartnerschaft für eine Wiedereröffnung der Geburtenstation in Voitsberg einzusetzen. Diese sei an diesem Standort sinnvoll, habe stets hohe Qualität in der medizinischen Versorgung geboten und könne nicht durch den kostenintensiven Ausbau anderer Stationen ersetzt werden.



Entschlossener Einsatz der Voitsberger Bevölkerung für ihre Geburtenstation – Landesrätin Edlinger-Ploder ließ sich aber nicht vom Zusperrern abhalten.

Keine Steuer für Schotterbarone

LAbg. Murgg (KPÖ): „SPÖ ist wieder umgefallen“

Nach jahrelangem Geplänkel haben SPÖ, ÖVP und FPÖ am 19. März im Landtag endgültig nein zu einer Steuer für Schotterbarone („Naturnutzungsabgabe“) gesagt. Damit ist die SPÖ auch vom Versprechen einer einnahmeseitigen Budgetsanierung abgerückt.

Dadurch entgeht dem Land auch ein wichtiger Beitrag für Naturschutzmaßnahmen. Im-

merhin wären Einnahmen bis zu 4 Mio. Euro im Jahr möglich.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg, der sich wiederholt für diese Abgabe stark gemacht hat: „Statt die Schotterbarone wenigstens minimal zu besteuern, holt sich das Land das Geld lieber bei jenen, die auf Wohnbeihilfe und Pflege angewiesen sind. Damit ist die SPÖ ein weiteres Mal von einem ihrer Versprechen abgerückt.“